

OSTTHÜRINGER Zeitung

OTZ

Linkes Maß

Von Marius Koity

Zum Kultusministerkandidaten Peter Krause hatte die Thüringer PDS eine klare Meinung. Den CDU-Landtagsabgeordneten hielten viele Menschen im Freistaat und auch Die Linke für nicht ministrabel, weil Krause in den 90er Jahren in Blättern des rechten Spektrums schrieb. Weniger genau nimmt es die PDS mit politischen Partnern. Wolfgang Kleindienst beispielsweise war ebenfalls in den 90ern Vorsitzender der Republikaner in Thüringen, einer Partei aus dem rechten Spektrum. Das hindert die Linken an einer intensiven Zusammenarbeit mit Kleindienst nicht, vielleicht weil seine Bürgerinitiative quasi eine PDS-Basisorganisation ist. Noch spannender ist es, wenn Kleindienst mit dem linken Landtagsabgeordneten Frank Kuschel "Bürgerversammlungen" - siehe Lokalseite 2 - bestreitet: Der kommunalpolitische Experte der Linken war Inoffizieller Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit. Kleindienst mokiert sich in einer längeren Pressemitteilung über die jüngste Birso-PDS-"Bürgerversammlung" in Pöbneck darüber, dass CDU- und SPD-Landtagsabgeordnete nicht auf Einladungen zu diesem Termin reagiert hätten. Kein Wunder! Ernste Themen wie die Straßenausbaubeiträge verdienen schließlich glaubwürdigere Referenten als Kleindienst und Kuschel.

06.05.2008

OSTTHÜRINGER Zeitung

OTZ

Birso hält städtische Satzung für rechtswidrig

Diskussion über Straßenausbaubeiträge

Pöbneck (OTZ/mko). Die Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla (Birso) Pöbneck hält die städtische Straßenausbaubeitragssatzung für rechtswidrig und will zumindest ihren Mitgliedern in Pöbneck empfehlen, Widerspruch gegen städtische Straßenausbaubeitragsbescheide einzulegen. Die Satzung verstoße gegen die Rechtsprechung eines Urteiles des Thüringer Oberverwaltungsgerichtes vom 11. Juni 2007. Das teilte Birso-Chef Wolfgang Kleindienst in einer Pressemitteilung über eine "Bürgerversammlung" seines Vereines mit, in der über die Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen diskutiert wurde.

Eine ähnliche Meinung hatte Kleindienst bereits in der jüngsten Sitzung des Pöbnecker Stadtrates vertreten, wo der Vorwurf der Rechtswidrigkeit der Satzung städtischerseits zurückgewiesen wurde und mit großer Mehrheit Straßenausbaubeiträge für das Jahr 2006 beschlossen wurden. Die Birso vertritt seit Jahren - anders als die Stadt - die Meinung, dass einfache Straßenoberflächensanierungen nicht beitragspflichtig seien.

Vierzig Interessenten hätten sich bei der Versammlung im Ratskeller eingefunden. Referenten seien der PDS-Landtagsabgeordnete Frank Kuschel, Geschäftsführer des Kommunalpolitischen Forums Thüringen, sowie die Juristin Cordula Eger, Mitarbeiterin des Bürgerbüros der Linken im Thüringer Landtag, gewesen, die die geplanten Änderungen der

CDU-Landesregierung zum Straßenausbaubeitragsrecht erläutert hätten. "Wichtigste Änderung ist wohl, dass bis Ende 2012 Gemeinden, welche noch keine Straßenausbausatzung erlassen haben, gezwungen werden, derartige Satzungen mit einer Rückwirkung bis August 1991 zu erlassen", so Kleindienst. Das werde seiner Meinung nach folgende Auswirkung haben: "Für die Bürger heißt das, Tausende Euro für eine Leistung zu zahlen, die nicht vorhersehbar waren und auch keinen so genannten wirtschaftlichen Vorteil für das Grundstück bringt. Denn Straßenbau dient allen Menschen, unabhängig ob Anlieger oder Nutzer und sollte über Steuern finanziert werden, wie schon bei Autobahnen, Bundes-, Land- oder Kreisstraßen.

Auch Kommunen mit wiederkehrenden Straßenausbaubeiträgen müssten für die Zeit vor ihrer Satzung einmalige Beiträge rückwirkend bis 1991 erheben, so Kleindienst. Betroffen sei auch Pößneck. Kommentar

06.05.2008

Reaktionen auf diese Artikel erwünscht, bitte an BA-kontakt@buengerallianz.de oder direkt an OTZ unter lr-poessneck@otz.de; leserbrieife@otz.de, redaktion@otz.de

Constanze Truschzinski
Vorstandsmitglied Bürgerallianz Thüringen e.V. www.buengerallianz.de
www.constanzetruschzinski.de